

1 Überblick Neuerungen 2026

Jährlich müssen die Basiswerte auch zum 01.01. wieder angepasst werden. Steuerlich sind dies u. a.:

- Altersentlastungsbetrag,
- Versorgungsfreibetrag und Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag,
- Entgeltumwandlung nach § 3 Nr. 63 EStG.

Sozialversicherungsrechtlich wurden u. a. geändert:

- Beitragsbemessungsgrenzen,
- Jahresarbeitsentgeltgrenzen,
- Arbeitgeberzuschuss zu KV und PV,
- sonstige Rechengrößen,
- einige Beitragssätze,
- Sachbezugswerte.

1.1 Änderungen bzw. wichtige Grunddaten für das Jahr 2026 und notwendige Aktionen

Änderungen	Aktionen
Beitragsbemessungsgrenzen RV/AV: 101.400 € KV/PV: 69.750 €	Rechenwerte werden von den Systemen aktualisiert
Beiträge RV: 18,6 % AV: 2,6 % PV: 3,6 % KV: 14,6 %	Rechenwerte werden von den Systemen aktualisiert, Netto-lohnhochrechnungen anpassen
Jahresarbeitsentgeltgrenze für am 31.12.2002 privat Versicherte: 69.750 € Sonstige privat Versicherte: 77.400 €	Bei der Prüfung auf KV-Freiheit beachten, ggf. Reports oder Programme anpassen
Beitragszuschuss zur privaten KV, allgemein: 508,59 € privaten KV, ohne Krankengeldanspruch: 491,16 € privaten PV: 104,63 € privaten PV, Sachsen: 75,56 €	Rechenwerte in den Systemen aktualisieren

Änderungen	Aktionen
Sachbezugswerte u. a. Frühstück: 2,37 € Mittagessen: 4,57 € Abendessen: 4,57 €	Lohnarten anpassen
KV für Studenten und Praktikanten ab 01.08.2024: 87,38 € zzgl. des kassenindividuellen Zusatzbeitrags	Lohnarten anpassen
PV für Studenten und Praktikanten ab 01.01.2025: 30,78 € ohne Kinder ab 01.01.2025: 35,91 €	Lohnarten anpassen
KV-Anwartschaftsversicherung: 57,74 € zzgl. des kassenindividuellen Zusatzbeitrags	Lohnarten anpassen
PV-Anwartschaftsversicherung: 14,24 €	Lohnarten anpassen
Entgeltumwandlung gemäß Betriebsrentenstärkungsgesetz (§ 3 Nr. 63 EStG) Höchstbetrag: 8.112 €/Jahr bzw. 676 €/Monat	Lohnarten anpassen; evtl. erhöhen die Mitarbeiter ihren Vertrag
Altersentlastungsbetrag 12,8 %, max. 608 €/Jahr	Lohnarten anpassen
Versorgungsfreibetrag 12,8 %, max. 960 €/Jahr	Lohnarten anpassen
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag max. 288 €/Jahr	Lohnarten anpassen
Schwerbehindertenausgleichsabgabe 155 € bei 3 bis 5 % 275 € bei 2 bis 3 % 405 € bei unter 2 % 815 € bei gar keiner Beschäftigung von Schwerbehinderten (Sonderregelungen für kleinere Unternehmen beachten).	Anpassung
Pfändungsfreigrenzen für den Schuldner: 1.555,00 €/Monat für den ersten Unterhaltsberechtigten: 585,23 €/Monat für den zweiten bis fünften Unterhaltsberechtigten: 326,04 €/Monat Absolute Höchstgrenze gemäß § 850c Abs. 2 Satz 2 ZPO: 4.766,99 €/Monat	Tabelle seit 01.07.2025 Neue Tabelle zum 01.07.2026 (Werte bei Druck noch nicht bekannt)

1.2 Rechengrößen 2026

Name	bundesweit
Beitragsbemessungsgrenze RV und AV jährlich	101.400 € + 4.800 €
Beitragsbemessungsgrenze RV und AV monatlich	8.450 € + 400 €
Beitragsbemessungsgrenze KV und PV jährlich	69.750 € + 3.600 €
Beitragsbemessungsgrenze KV und PV monatlich	5.812,50 € + 300 €
Jahresarbeitsentgeltgrenze für KV (allgemein)	77.400 € + 3.600 €
Jahresarbeitsentgeltgrenze für KV (PKV-Versicherte am 31.12.2002)	69.750 € + 3.600 €
Bezugsgröße jährlich (RV)	47.460 € + 2.970 €
Geringverdienergrenze (monatlich)	325 €
Geringfügigkeitsgrenze (monatlich)	603 €
Faktor (Übergangsbereich)	0,6619
Sachbezugswert Frühstück Mittag- und Abendessen	2,37 € 4,57 €

Rentenversicherung	18,6 %
Knappschaftliche Rentenversicherung	24,7 %
Arbeitslosenversicherung	2,6 %
Pflegeversicherung	3,6 %
Allgemeiner Beitragssatz der gesetzlichen KV	14,6 %
Ermäßigter Beitragssatz der gesetzlichen KV	14,0 %
Durchschnittlicher Zusatzbeitrag	2,9 %
Künstlersozialversicherung	4,9 %
Insolvenzschutzabgabe	0,15 %

Höchstbeitragszuschuss für privat Krankenversicherte	508,59 €
Höchstbeitragszuschuss für privat Krankenversicherte (ohne Krankengeldanspruch)	491,16 €
Höchstbeitragszuschuss für private Pflegeversicherung	104,63 €
Höchstbeitragszuschuss für private Pflegeversicherung (nur für Sachsen)	75,56 €
KV für Studenten und Praktikanten ab 01.08.2022 zzgl. des kassenindividuellen Zusatzbeitrags	87,38 €
PV für Studenten und Praktikanten ab 01.01.2025	30,78 €
PV für Studenten und Praktikanten ab 01.01.2025 – kinderlose	35,91 €
KV-Anwartschaftsversicherung 10 % der Bezugsgröße: 395,50 € x allgemeiner Beitragssatz der Krankenkasse 14,6 % zzgl. des kassenindividuellen Zusatzbeitrags	57,74 €
PV-Anwartschaftsversicherung 10 % der Bezugsgröße: 395,50 € x allgemeiner Beitragssatz in der Pflegeversicherung 3,6 %	14,24 €
Hinzuverdienstgrenze für Rentner (2026)	keine
Einkommensgrenze für Familienversicherung	565,00 €
Einkommensgrenze für Familienversicherung mit geringfügiger Beschäftigung	603,00 €
Gesetzlicher Mindestlohn ab 01.01.2026 pro Zeitstunde (brutto)	13,90 €
Grenze für Betriebsprüfungen der Unfallversicherung	711,90 €

1.3 Mindestlohn und Anpassung seit 01.01.2026

Am 01.01.2015 ist das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie, das sog. Mindestlohngesetz (MiLoG), in Kraft getreten.

Hier ein Überblick über die wichtigsten Eckpunkte im Gesetz:

1.3.1 Höhe des Mindestlohns und Ausnahmeregelungen

Wichtig

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Mindestlohngesetz) wurde seit dem 01.01.2015 ein flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 8,50 € in Deutschland eingeführt.

Mit dem Gesetz zur Anpassung der Höhe des gesetzlichen Mindestlohns wurde die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem 01.01.2022 beschlossen. **Zum 01.01.2026 wurde der gesetzliche Mindestlohn zuletzt auf 13,90 € angehoben.** Die Anpassung erfolgt nach Vorgabe des Mindestlohngesetzes alle zwei Jahre durch die Mindestlohnkommission.



Der Mindestlohn ist auf alle in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer anzuwenden, unabhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Firmensitz im Inland oder Ausland hat. Fällig ist der Mindestlohn **spätestens am letzten Bankarbeitstag des Monats, der auf den Monat folgt, in dem der Arbeitnehmer die Arbeitsleistung erbracht hat.** Allerdings sind eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen zu beachten, bei denen der gesetzliche Mindestlohn keine Anwendung findet.

Vom Mindestlohn ausgeschlossen sind beispielsweise **Auszubildende in der Berufsausbildung**. Auch **Ehrenamtliche** haben keinen Anspruch auf Mindestlohn – letztendlich eine logische Schlussfolgerung, denn ein ehrenamtlich Tätiger ohne Entgelt kann keinen Anspruch auf einen Mindestlohn geltend machen. **Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre** haben keinen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn, wenn sie noch keine Berufsausbildung abgeschlossen haben. **Praktikanten** werden dagegen umfangreicher im Mindestlohngesetz geregelt. Grundsätzlich will der Gesetzgeber einen Missbrauch von Praktikanten verhindern, deshalb spricht er ihnen auch den gesetzlichen Mindestlohn zu. Allerdings mit Ausnahmen:

- Pflichtpraktika und
- Orientierungspraktika/begleitende Praktika von bis zu drei Monaten sind vom Mindestlohn ausgeschlossen.
- Ebenfalls vom Mindestlohn ausgeschlossen sind sog. begleitende Praktika, wenn bei dem gleichen Arbeitgeber nicht bereits vorher ein solches Praktikumsverhältnis bestand.
- Letzte Ausnahme bei den Praktikanten sind Praktika in den Fällen des § 54 SGB III (sog. Einstiegsqualifizierungen) oder Praktika in den Fällen der §§ 68 bis 70 Berufsbildungsgesetz (sog. Berufsausbildungsvorbereitung).

Tipp

Arbeitgeber sollten ihre firmeninternen Regelungen zum Thema Praktikanten überprüfen, denn nicht überall, wo Praktikant draufsteht, steht auch wirklich ein Praktikum dahinter!



Langzeitarbeitslose erhalten in den ersten sechs Monaten ihrer Beschäftigung keinen Mindestlohn. Danach haben sie Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn. Die Regelung soll eine verbesserte Möglichkeit zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Eine weitere besondere Gruppe im Mindestlohngesetz ist die der **Zeitungszusteller**. Für diese gilt der Mindestlohn im Rahmen einer stufenweisen Anpassung. Somit erhalten Zeitungszusteller:

- ab dem 01.01.2015 75 % des Mindestlohns (6,38 €),
- ab dem 01.01.2016 85 % (7,23 €) und
- ab dem 01.01.2017 den Mindestlohn in Höhe von 8,50 € und
- seit dem 01.01.2018 den gesetzlichen Mindestlohn nach Beschluss der Mindestlohnkommission. Somit sind hier keine abweichenden Werte zu berücksichtigen.



Wichtig

Dabei ist zu beachten, dass die Erhöhung des Mindestlohns zum 01.01.2017 für die Gruppe der Zeitungszusteller tatsächlich erst ab dem 01.01.2018 zur Anwendung gekommen ist (siehe Kap. 1.3.2.).

1.3.2 Tarifverträge mit Übergangsregelung

Im Mindestlohngesetz ist in § 24 neben der Sonderregelung für Zeitungszusteller eine Übergangsregelung für die Jahre 2015 bis Ende 2017 vorgesehen. Diese Übergangsregelung war für Tarifverträge anzuwenden, bei denen abweichend von der gesetzlichen Mindestlohnregelung eine Vereinbarung unter 8,84 € getroffen wurde. Diese abweichende Regelung für Tarifverträge und Vereinbarungen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) sieht seit dem 01.01.2017 eine Lohnuntergrenze von 8,50 € und seit dem 01.01.2018 den tatsächlichen Mindestlohn in Höhe von 8,84 € vor. **Somit ist seit dem 01.01.2018 jedem Arbeitnehmer pro Zeitstunde der gesetzliche Mindestlohn zu zahlen.**

1.3.3 Arbeitszeitkonto

Arbeitnehmer, die Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn haben, während dieser jedoch durch die Zahlung des verstetigten Arbeitseinkommens nicht erfüllt ist, können **Überstunden** auf ein Arbeitszeitkonto einstellen. Dieses Arbeitszeitkonto muss dann innerhalb von 12 Kalendermonaten nach der jeweiligen Erfassung durch bezahlte Freistellung oder Auszahlung der Überstunden ausgeglichen werden. Die eingestellte Arbeitszeit **darf 50 % der vereinbarten Arbeitszeit nicht übersteigen.**

1.3.4 Aufzeichnungspflichten

Wichtig

Ein wichtiger Punkt im Mindestlohngesetz ist die Regelung zur Aufzeichnung der Arbeitszeit.



Das Mindestlohngesetz verweist an dieser Stelle auf den § 2a des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und die darin genannten Arbeitnehmer. **Zusätzlich werden aber auch die geringfügig Beschäftigten genannt, bei denen der Beginn, die Dauer und das Ende der täglichen Arbeitszeit aufgezeichnet werden müssen.** Diese Aufzeichnungen sind mindestens zwei Jahre aufzubewahren und müssen spätestens bis zum Ablauf des siebten auf den Tag der Arbeitsleistung folgenden Kalendertages erfolgen. Für Entleiher, dem ein Verleiher eine/n oder mehrere Arbeitnehmerin/nen und Arbeitnehmer zur Verfügung stellt, gelten diese Regelungen parallel.

Hinweis

Arbeitgeber müssen nach der Mindestlohdokumentationspflichtenverordnung (MiLoDokV) vom 29.07.2015 keine Arbeitszeiten mehr für ihre Arbeitnehmer aufzeichnen, wenn das regelmäßige Bruttoarbeitsentgelt des Arbeitnehmers mehr als 2.974 € beträgt und das Entgelt jeweils für die letzten 12 Monate nachweisbar ausbezahlt wurde. Keine Arbeitszeiten müssen aufgezeichnet werden, wenn das regelmäßige Bruttoarbeitsentgelt des Arbeitnehmers mehr als 4.461 € beträgt. Beide Regelungen bleiben parallel bestehen und können jeweils angewendet werden.



Wichtig

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat mit Urteil vom 13.09.2022 (Aktenzeichen 1 ABR 22/21) entschieden, dass auch in Deutschland die gesamte Arbeitszeit der Arbeitnehmer aufzuzeichnen ist. Der Arbeitgeber hat nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) ein System einzuführen, mit dem die von den Arbeitnehmern geleistete Arbeitszeit erfasst werden kann. Konsequenzen aus diesem Urteil müssen ggf. von einem Fachanwalt geprüft werden.



1.3.5 Bürgenhaftung

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt im Mindestlohngesetz ist die Bürgenhaftung. Der Gesetzgeber ahndet Verstöße mit sehr hohen Geldbußen von bis zu 500.000 €. Gemeint ist die Haftung des Auftraggebers von Werk- oder Dienstleistungen in dem Fall, dass ein Sub- oder Nachunternehmer oder aber auch ein von diesem beauftragtes Unternehmen seinen Arbeitnehmern im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung nicht den gesetzlichen Mindestlohn zahlt. Der Auftraggeber haftet in diesen

Fällen wie ein Bürge für die Einhaltung der Mindestlohnregelungen für die Arbeitnehmer. Der Gesetzgeber verstärkt mit dieser Regelung die Wirksamkeit des Mindestlohns. In der Praxis wird sich noch herausstellen müssen, inwieweit die Auftraggeber vollumfänglich ihrer Kontrollpflicht nachkommen können.

1.3.6 Anrechenbarkeit auf den Mindestlohn

Aufgrund fehlender gesetzlicher Klarstellung hat die Bundesregierung in einer Antwort (BT-Drucksache 18/1558, Seite 84) auf die Stellungnahme des Bundesrates (BT-Drucksache 18/1558, Seite 74) auf die Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14.04.2005 (Aktenzeichen C-341/02) und 07.11.2013 (Aktenzeichen C-522/12) verwiesen. Nach den beiden Urteilen sind Zulagen nur dann Bestandteil des Mindestlohns, wenn sie nicht das Verhältnis zwischen der Leistung des Arbeitnehmers und der von ihm erhaltenen Gegenleistung verändern und somit ihrem Zweck nach die eigentliche Arbeitsleistung mit dem Mindestlohn entgelten sollen. Danach ist ein Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld nur dann anrechenbar, wenn es zum maßgeblichen Fälligkeitstermin des Mindestlohns gezahlt wird.



Hinweis

Werden Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld vom Arbeitgeber über das Jahr verteilt und vorbehaltlos und unwiderruflich monatlich jeweils mit 1/12 gezahlt, sind diese Zahlungen auf den gesetzlichen Mindestlohn anrechenbar. Die Revision einer Arbeitnehmerin vor dem BAG blieb erfolglos. Das BAG hat mit Urteil vom 25.05.2016 (Aktenzeichen 5 AZR 135/16) die Vorinstanz bestätigt.

Der Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz wird als Brutto-Stundenlohn je Zeiteinheit festgesetzt. Das Gesetz macht den Anspruch nicht von der zeitlichen Lage der Arbeit oder den mit der Arbeitsleistung verbundenen Umständen oder Erfolgen abhängig. Der Anspruch auf den Mindestlohn ist dann erfüllt, wenn dieser dem Arbeitnehmer endgültig zur freien Verfügung übereignet oder überwiesen ist.

Alle im Austauschverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehenden Geldleistungen des Arbeitgebers sind geeignet, den Mindestlohnanspruch des Arbeitnehmers zu erfüllen. Von den im arbeitsvertraglichen Austauschverhältnis erbrachten Entgeltzahlungen des Arbeitgebers fehlt nur solchen die Erfüllungswirkung, die der Arbeitgeber ohne Rücksicht auf eine tatsächliche Arbeitsleistung erbringt oder die auf einer besonderen gesetzlichen Zweckbestimmung beruhen (siehe auch BAG-Urteil vom 17.01.2018, Aktenzeichen 5 AZR 69/17).

Zu den berücksichtigungsfähigen Zulagen und Zuschlägen gehören u. a.:

- Zulagen und Zuschläge, mit denen lediglich die regelmäßige und dauerhaft vertraglich geschuldete Arbeitsleistung vergütet wird,
- Akkordprämien,
- Qualitätsprämien,
- Überstundenvergütungen für tatsächlich geleistete Überstunden,

- Sonn- und Feiertagszuschläge,
- Schmutz- und Gefahrenzulage.

Nicht zu berücksichtigen sind u. a.:

- Nachtarbeitszuschläge,
- Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge,
- Beiträge zu vermögenswirksamen Leistungen,
- Aufwandsentschädigungen.

Hinweis

Weitere Informationen zur Anrechenbarkeit von Lohnbestandteilen zur Erfüllung des gesetzlichen Mindestlohnanspruchs finden Sie auf der Internetseite der Zollbehörde (www.zoll.de) unter der Rubrik Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz.



2 Grundlagen der Entgeltabrechnung

2.1 Aufgaben der Entgeltabrechnung

Im Rahmen der Entgeltabrechnung fallen eine Vielzahl von Aufgaben an.

Dazu gehören in erster Linie:

- Feststellung der Arbeitnehmereigenschaft,
- Festlegung des Arbeitslohns unter Beachtung der rechtlichen und vertraglichen Ansprüche,
- Berechnung der Lohn- und Kirchensteuer,
- Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge,
- Berücksichtigung von Nettobe- und -abzügen,
- Führen von Lohnkonten und Lohnjournalen,
- Anmeldung und Abführung der steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Abzüge,
- Meldepflichten in der Sozialversicherung,
- Buchen und Verteilen des Personalaufwands im Rahmen des betrieblichen Rechnungswesens,
- Erstellen von Bescheinigungen und Statistiken,
- Beachtung der Arbeitgeberfürsorgepflichten.

2.2 Arbeitnehmereigenschaft

Vor der Durchführung der Entgeltabrechnungen ist zunächst zu prüfen, ob arbeitsrechtlich ein Arbeits- oder Dienstverhältnis vorliegt oder ob es sich um eine freiberufliche bzw. selbständige Tätigkeit handelt.

Nur für nichtselbständige Arbeitnehmer erstellt der Arbeitgeber die Abrechnungen und ermittelt die gesetzlichen Abzüge. Selbständige und Freiberufler tragen selbst Verantwortung für die korrekte Abführung der Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge.

2.3 Arbeitnehmerbegriff

Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Vorschriften definieren den Arbeitnehmerbegriff. Nach § 1 der Lohnsteuerdurchführungsverordnung (LStDV) handelt es sich bei Arbeitnehmern um Personen, die aus einem aktiven oder früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn beziehen. Im Unterschied zur Sozialversicherung liegt die Arbeitneh-

mereigenschaft auch dann vor, wenn aus einem früheren Dienstverhältnis Arbeitslohn bezogen wird.

Ein Dienstverhältnis besteht, wenn der Arbeitnehmer weisungsgebunden und in die Organisation des Betriebs eingegliedert ist. Grundsätzlich gibt es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Arbeitnehmerbegriff. Ausnahmen bestehen z. B. bei Gesellschafter-Geschäftsführern einer GmbH. Steuerrechtlich handelt es sich hierbei um Arbeitnehmer, sozialversicherungsrechtlich im Regelfall nicht.

Folgende Kriterien sprechen für eine Eingliederung des Arbeitnehmers in die Organisation des Betriebs und lassen somit eine nichtselbstständige Tätigkeit, also Arbeitnehmerereigenschaft, vermuten:

- persönliche und wirtschaftliche Abhängigkeit,
- genau geregelte Arbeitszeiten,
- ein vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellter fester Arbeitsplatz,
- Urlaubsanspruch und Überstundenvergütung,
- Fortzahlung der Vergütung im Urlaubs- oder Krankheitsfall,
- Einbeziehung in die Sozialleistungen des Betriebs,
- Weisungsgebundenheit.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer Gesetze führte der Gesetzgeber zum 01.04.2017 den § 611a BGB ein. Mit diesem wird die gesetzliche Definition des Begriffs „Arbeitnehmer“ zur Abgrenzung von Arbeitsverträgen zu Werkverträgen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) ergänzt.



Wichtig

Unabhängig von der Bezeichnung liegt ein Arbeitsvertrag vor, wenn sich dies aus der tatsächlichen Durchführung des Vertragsverhältnisses ergibt. Dabei kommt es auf die tatsächliche Bezeichnung im Vertrag nicht an.

Dabei sind die im § 611a BGB genannten Kriterien nicht neu. Die o. g. Aufzählung beinhaltet u. a. auch im neuen Paragraphen genannte Punkte wie z. B. Weisungsgebundenheit, persönliche Abhängigkeit etc.

2.4 Arbeitslohn

Obwohl im allgemeinen Sprachgebrauch die Bezeichnung „Entgelt“ verwendet wird, differenziert das Steuerrecht den Begriff des „Arbeitslohns“.

Das Einkommensteuergesetz definiert in § 8 Abs. 1 EStG in Verbindung mit § 19 Abs. 1 EStG **Arbeitslohn** als alle Einnahmen, die einem Arbeitnehmer oder seinem Erben aus einem **gegenwärtigen oder früheren** Dienstverhältnis zufließen. Als Einnahmen zählen nicht nur Geld, sondern auch Sachbezüge und geldwerte Vorteile

(z. B. Firmenwagen zur privaten Nutzung, verbilligter Einkauf von Waren und Dienstleistungen).

Leistungen, die der Arbeitgeber im **allgemeinen betrieblichen Interesse** erbringt, wie beispielsweise die Bereitstellung von Aufenthaltsräumen, gehören dagegen nicht zum Arbeitslohn. Sogenannte **Aufmerksamkeiten** (z. B. die Bereitstellung von Getränken in Besprechungsräumen, Geschenke im Wert von bis zu 60 € an den Arbeitnehmer aufgrund eines persönlichen Ereignisses) fallen ebenso nicht unter den Arbeitslohnbegriff.

Grundsätzlich unterliegt Arbeitslohn im steuerrechtlichen Sinne der Lohnsteuer. Bestimmte Einnahmen sind jedoch steuerfrei. Dazu zählen z. B. Beitragsleistungen zur betrieblichen Altersversorgung und Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

2.5 Arbeitsentgelt

Arbeitsentgelt ist ein Begriff aus der Sozialversicherung. Zum Arbeitsentgelt gehören alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung, gleichgültig, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahmen besteht, unter welcher Bezeichnung oder in welcher Form sie geleistet werden und ob sie unmittelbar aus der Beschäftigung oder im Zusammenhang mit ihr erzielt werden.

2.6 Laufende Bezüge und Einmalbezüge

In der Abrechnungspraxis führen die unterschiedlichen Bruttobezüge zum steuerpflichtigen Arbeitslohn und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsentgelt. In EDV-Programmen erfolgt deren Abbildung über sogenannte **Lohnarten**. Die verschiedenen Bruttobezüge (Lohnarten) unterteilen sich in **laufende Bezüge** und **Einmalbezüge**.

Typische laufende Bezüge sind:

- Gehälter,
- Monatslöhne,
- Stundenlöhne,
- vermögenswirksame Leistungen (AG-Anteile),
- Schichtzulagen,
- Nachzahlungen und Vorauszahlungen, wenn sich diese ausschließlich auf Lohnzahlungszeiträume beziehen, die im Kalenderjahr der Zahlung enden,
- Arbeitslohn für Lohnzahlungszeiträume des abgelaufenen Kalenderjahres, der innerhalb der ersten drei Wochen des Folgejahres zufließt.

Laufende Bezüge werden **regelmäßig** bezahlt. Die Versteuerung erfolgt über die Tages-, Wochen- oder Monatslohnsteuertabelle.

Als häufige Einmalbezüge kommen vor:

- Weihnachtsvergütungen,
- Urlaubsgelder,
- Umsatzprovisionen,
- Tantiemen,
- Abfindungen.

Einmalbezüge werden nicht monatlich, sondern nur **gelegentlich** für einen ganz bestimmten Zweck vergütet. Die steuerrechtliche Bezeichnung für solche Einmalbezüge lautet **sonstige Bezüge**.

Sonstige Bezüge werden generell über die **Jahreslohnsteuertabelle** versteuert.

2.7 Lohnzahlungszeitraum/-Lohnabrechnungszeitraum

Der Lohnzahlungszeitraum ist der Zeitraum, für den Arbeitslohn bzw. Arbeitsentgelt gezahlt wird. Der Lohnabrechnungszeitraum bezieht sich hingegen auf den Zeitraum, für den Arbeitslohn und Arbeitsentgelt abgerechnet werden. In der Praxis stimmen Lohnzahlungszeitraum und Lohnabrechnungszeitraum in aller Regel überein. Üblicherweise werden Löhne und Gehälter pro Kalendermonat bezahlt und abgerechnet.

Leistet der Arbeitgeber für den Lohnabrechnungszeitraum lediglich eine Abschlagszahlung und erfolgt die eigentliche Lohnabrechnung erst später, kann er nach § 39b Abs. 5 EStG den Lohnzahlungszeitraum als Lohnabrechnungszeitraum behandeln und die Lohnsteuer erst bei der Lohnabrechnung einbehalten.



Hinweis

Diese Regelung gilt jedoch nicht, wenn der Lohnabrechnungszeitraum fünf Wochen übersteigt oder die Lohnabrechnung nicht innerhalb von drei Wochen nach dessen Ablauf erfolgt.

2.8 Zufluss- und Entstehungsprinzip

2.8.1 Lohnsteuer

Nach § 38 Abs. 2 EStG entsteht die Lohnsteuerschuld, sobald der Arbeitslohn dem Arbeitnehmer zufließt. Dies ist der Zeitpunkt, zu dem der Arbeitgeber den Arbeitslohn an den Arbeitnehmer ausbezahlt und zu dem dieser wirtschaftlich darüber verfügen kann. Bei Überweisung der Löhne und Gehälter erfolgt der Zufluss im Moment der Kontogutschrift.

§ 38a EStG regelt ergänzend dazu, dass laufende Bezüge in dem Kalenderjahr zufließen, in dem der Lohnzahlungszeitraum endet. In diesem Sonderfall wird also das eigentliche Zuflussprinzip in der Steuer durchbrochen. Dagegen gelten sonstige Bezüge immer zum Zeitpunkt des Zuflusses als bezogen.

Beispiel 1

Ein Arbeitgeber zahlt monatlich die Löhne und Gehälter aus. Für den Monat Dezember des laufenden Jahres erfolgt die Auszahlung des Arbeitslohns erst im Januar des Folgejahres.

In diesem Fall gilt der Arbeitslohn noch als im Dezember des laufenden Jahres zugeflossen.



Beispiel 2

Werden im obigen Fall Weihnachtsgelder mit ausbezahlt, fließen diese im Januar des neuen Jahres zu und müssen der Januarabrechnung zugeordnet werden. Eine gemeinsame Abrechnung mit den laufenden Bezügen für Dezember wäre nicht möglich. Um dem zu entgegen, sollte man die Dezemberlöhne noch im Dezember überweisen. Dann gelten auch sonstige Bezüge noch im alten Jahr als zugeflossen und können gemeinsam mit den laufenden Bezügen mit der Dezemberabrechnung versteuert werden.



2.8.2 Sozialversicherung

Im Sozialversicherungsrecht galt in der Vergangenheit für die Beitragserhebung sowohl für laufende Bezüge als auch für einmalige Zuwendungen (Einmalbezüge) einheitlich das **Entstehungsprinzip**. § 22 Abs. 1 SGB IV besagt, dass Beiträge dann fällig werden, wenn der Anspruch des Arbeitnehmers auf das Arbeitsentgelt entstanden ist.

Diese Regelung hat zur Konsequenz, dass Beiträge bereits dann anfallen, wenn der Arbeitslohn geschuldet wird. Auf die tatsächliche Auszahlung kommt es nicht an.

Derartig unterschiedliche Regelungen des Steuer- und Sozialversicherungsrechts, nämlich auf der einen Seite das **Zuflussprinzip** und auf der anderen Seite das **Entstehungsprinzip**, verursachten regelmäßig Probleme und Unsicherheiten.

Hinweis

Seit dem 01.04.2003 gilt in der Sozialversicherung für **Einmalbezüge** das Zuflussprinzip. Für **laufende Bezüge** ist in der Sozialversicherung jedoch weiterhin das Entstehungsprinzip anzuwenden.



Index

A

Abfindung 257, 384
Abfindungszahlungen 257
Abgabegründe 151
Abmeldung 48
Abzugsmethode 185
Aktivrente 361
allgemeine Lohnsteuertabelle 52
Allgemeine Ortskrankenkassen 107
allgemeiner Beitragssatz 105
ältere Arbeitnehmer 116
Alterseinkünftegesetz 49, 66, 67, 378, 398
Altersentlastungsbetrag 66
Altersversorgungsleistungen 375
Angehörige 219
Anlageinstitute 236
anteilige Beitragsbemessungsgrenzen
187, 188
anteilige Steuertage 186
Anwartschaft 398
Arbeitgeberanteil 164
Arbeitgeberwechsel 108, 195
Arbeitgeberzuschuss bei freiwilliger Krankenversicherung 117
Arbeitnehmeranteil 164
Arbeitnehmerbegriff 31
Arbeitnehmerbeiträge 60
Arbeitnehmereigenschaft 31
Arbeitnehmerpauschbetrag 63
Arbeitsbeginn 192
Arbeitseinsatz 266
Arbeitsentgelt 33, 98, 100, 112, 322, 324, 344
Arbeitslohn 32, 33, 34, 50, 52, 53, 54, 55, 63, 65, 76, 79, 81, 85, 100, 101, 183, 236, 237, 239, 245, 246, 247, 248, 259, 261, 266, 296, 300
Arbeitslosengeld 258
Arbeitslosenversicherung 139
Arbeitspapiere 38
arbeitsrechtliche Festlegung 92
Arbeitsstage 341
arbeitstäbliche Berechnung 184
Arbeitsunfähigkeit 193

Arbeitszeit 239
Aufhebungsvertrag 233
Aufmerksamkeiten 33, 261
Aufstockung 376
Aufwendungsausgleichsgesetz 141
Aufzeichnungs- und Bescheinigungspflichtigen 70
Aufzeichnungs- und Meldepflichten 166
Aufzeichnungspflichten 166, 189, 299
Ausbildungsverhältnis 359
Ausgleichskasse U1 140
Ausgleichskasse U2 140
Auslagenersatz 261
Austrittsmöglichkeit 112
Auszahlungsbetrag 161
außergewöhnliche Belastungen 63
Authentifizierung 41

B

Barlohn 274
Basisgrundlohn 240
bAV-Förderbetrag 401
Befreiung 115
Beiträge 99
Beitragsbemessungsgrenze 100
Beitragsgruppen 103
Beitragsgruppenschlüssel 104, 335
Beitragsnachweis 150, 176
beitragspflichtige Einnahme 344
beitragspflichtiges Arbeitsentgelt 101
Beitragssatzdatei 106
Beitragsteilung 99
Beitragsverfahrensverordnung 243
Beitragszuschlag für Kinderlose 123
Beitragszuschuss des Arbeitgebers 116
Belegschaftsrabatte 111, 259
Berechnung der steuerlichen Abz 50
Berufsausbildung 351
Berufsgenossenschaft 139
Berufskleidung 261
Berufsmäßigkeit 340
Beschäftigungsverbote 145
Beschäftigungszeiten 252
Bescheinigung über Elternzeit 39

Bescheinigung über private Krankenversicherung 39
 beschränkt steuerpflichtig 39
 besondere Lohnsteuertabelle 52
 Betreuungsfreibetrag 61
 Betriebskantine 297
 Betriebskrankenkassen 107
 Betriebsnummerndatei 151
 Betriebsrenten 377
 Betriebsstätte 167
 Betriebsstättenfinanzamt 171
 Betriebsveranstaltungen 262, 264
 Beurteilung 339
 Bewertungsabschlag 299
 Bewirtungskosten 266
 Bezugsgröße 375
 Bezugsmethode 185
 Bildungsurlaubsbescheinigung 39
 Bindungsfrist 108
 Buchungsbeleg 166
 Bundesaufsichtsamt 389
 Bundesfreiwilligendienst 316
 Bundesurlaubsgesetz 200

C

Checklisten Entgeltabrechnung 437
 Clearingstelle 415

D

Datenverarbeitungsgeräte 300
 DEÜV 152
 DEÜV-Jahresmeldung 370, 415
 DEÜV-Meldungen 150
 Dienstreise 94, 266
 Dienstwagenregelung 280
 Direktversicherungen 375, 390
 Direktzusagen 375
 doppelte Haushaltsführung 95
 Dreißigstel-Berechnung 184
 Durchführungsweg 389
 durchschnittliche Arbeitstage 185
 durchschnittlicher Zusatzbeitrag 119
 Durchschnittsberechnung 296
 Durchschnittsprinzip 198

E

Einbehaltung der Lohnsteuer 171
 Einkommensteuer 49
 Einkommensteuererklärung 40, 56
 Einkommensteuervorauszahlung 56
 Einmalbezüge 33, 35, 245, 324, 414
 1-%-Regelung 280
 Einzugsstelle 150, 176
 ELStAM-Datenbank 40
 ELStAM-Datensatz 44
 ELSTER II 39
 Elster Online-Portal 41
 Elster-Datenbank 41
 Elterneigenschaft 122, 124
 Elterngeld 214
 Elterngeld Plus 217
 Elternzeit 212
 Ende der Beschäftigung 47
 Entbindung 206
 Entgeltabrechnung 161
 Entgeltbescheinigungsverordnung 179
 Entgeltersatzleistung 78
 Entgeltfortzahlung 141, 191
 Entgeltfortzahlung an Feiertagen 197
 Entgeltfortzahlungsanspruch 193
 Entgeltfortzahlungsgesetz 188, 191
 Entgeltfortzahlungsversicherung 141, 336
 Entgeltpunkte 138
 Entgeltumwandlung 376
 Entgeltumwandlungsanspruch 376
 Entlastungsbetrag 54
 Entstehungsprinzip 34, 35, 318, 324
 Erholungsurlaub 200
 Ersatzkassen 107
 Erschwerniszulagen 240
 erste Tätigkeitsstätte 90
 Ertragsanteil 67, 388
 Essensmarke 297

F

Fachoberschüler 359
 Fachschüler 359
 Fachsemester 350
 Fahrtätigkeit 93
 Fahrtenbuch 280
 Faktor F 345

Faktorverfahren 55
 Familienkasse 62
 Familienpflegezeit 224
 Familienpflegezeitgesetz 224
 Feiertagslohn 197
 feste Sollstunden 185
 Firmenfahrzeug 260
 Firmenwagen 239
 Fortbildungskosten 267
 Fortsetzungserkrankung 193
 Freibetrag 262
 Freibeträge 42, 60
 Freistellung 232
 freiwilliges Mitglied 104

G

generelle Beschäftigungsverbote 206
 geringfügig Beschäftigte 145
 geringfügig entlohnte Beschäftigte 315
 geringfügige Sachbezüge 270
 Geringverdiener 100
 Gesamtbrutto 162
 Gesamtsozialversicherungsbeitrag 99
 Geschäftsführer 359
 gesetzliche Feiertage 197
 GKV-Monatsmeldung 369
 GKV-Schätzerkreis 119
 GmbH 359
 Grenzzahl 142, 143
 Großbuchstabe 94, 189
 Grundfreibetrag 62
 Grundlohn 237, 239
 Grundlohnzusätze 240
 Grundtabelle 50

H

halbe Kinderfreibeträge 61
 Halbteilungsgrundsatz 74
 Hauptarbeitgeber 42
 Hauptbeschäftigung 331
 Haupteintrag Siehe Sonstige Bezüge 53
 Hinterbliebene 382
 Hinterbliebenenbezug 383
 Hinzurechnungsbetrag 43, 63
 Hinzuverdienst bei Rentenbezug 368
 Homeoffice 91

I

ID-Nr 42
 Innungskrankenkassen 107
 Insolvenz 398
 Insolvenzgeldumlage 140

J

Jahresarbeitsentgelt 98, 243
 Jahresarbeitsentgeltgrenze 101, 104, 112, 116, 333
 Jahresbeitragsbemessungsgrenzen 254
 Jahreslohnsteuertabelle 52, 246
 Jahresmeldungen 37, 415
 Jubilarteiern 264

K

kalendertägliche Berechnung 183
 kalendertägliches Nettoarbeitsentgelt 230
 Kapitalauszahlung 384
 Kapitalzahlung 392
 Kappung 73
 kassenindividueller Zusatzbeitrag 105, 120
 Kinderfreibetrag 61, 62
 Kindergeld 62
 Kinderlosigkeit 123
 Kirchensteuer 72
 kirchensteuerberechtigte Konfession 74
 Kirchensteuersätze 72
 Kohorte 381, 406
 Kohortenversteuerung 68, 70
 Kohortenversteuerungsprinzip 379
 konfessionsverschiedene Ehen 74
 Krankengeld 196
 Krankenversicherung 104
 Krankenversicherungsbeitrag 325
 Krankenversicherungspflicht 104
 Krankheiten 192
 Krankheitsfall 191
 Kündigung 106
 kurzfristige Beschäftigung 315, 337
 kurzzeitige Arbeitsverhinderung 219

L

laufende Bezüge 33, 53
 laufender Arbeitslohn 246

Listenpreis 280, 281
Lohnabrechnungszeitraum 34, 253
Lohnausfallprinzip 195
Lohnbuchhaltung 167
Lohnersatzleistungen 78
Lohnjournal 166
Lohnkonto 166, 414
Lohnsteuerabzugsmerkmale 39, 40
Lohnsteueranmeldung 167, 170, 171
Lohnsteueranmeldungsformular 167
Lohnsteueranmeldungszeiträume 171
Lohnsteuerbescheinigung 40, 41, 47, 78,
83, 166, 189, 197, 210, 235, 248, 412,
413, 414
Lohnsteuerjahresausgleich 411
Lohnsteuerjahrestabelle 53
Lohnsteuerkarte 75
lohnsteuerliche Betriebsstätte 72
Lohnzahlungszeitraum 34, 240, 246

M

Mahlzeiten 266, 296
Mehrarbeitszuschläge 239
Mehrfachbeschäftigte 369
Mehrfacherkrankungen 192
Meldegruppe 151
Meldepflichten 335
Meldeatbestände 152
Meldeverfahren 150
Meldung zur Sozialversicherung 37
Milderungszone 77
Mindestbeitragsbemessungsgrundlage
327
Mindestkirchensteuersatz 72
Minijobzentrale 151
Mitgliedschaft 107
Monatslohnsteuertabelle 52
Monatstabelle 186
Mutterschaftsaufwendungen 145
Mutterschaftsgeld 145, 209, 230
Mutterschutz 204
Mutterschutzfrist 145
Mutterschutzlohn 145, 207

N

Nachpraktikum 356
Nachtarbeit 238

Nachweispflicht 195
Nachweisverfahren 83
Nachzahlungen 122
Nebenbeschäftigung 331
Nettoabzüge 164
Nettoarbeitsentgelt 228
neue Vervielfältigungsregelung 396
Neueintritt 37
Neueintritt Arbeitnehmer 37
Neuzusagen 398
Niedriglohnsektor 341

O

ordentlicher Studierender 350
ortsfeste Einrichtung 91

P

Partnerschaftsbonus 218
Pauschalbeitrag 325
pauschale Kirchensteuer 75
pauschale Lohnsteuer 82
Pauschalierung 79
Pauschalierungshöchstbetrag 393
Pauschalierungsmöglichkeit 79, 393
Pauschalierungssätze 82
Pauschalsteuer 330
Pauschalversteuerung 264
Pauschbeträge für Behinderte 63
Pensionsfonds 375
Pensionskassen 375
Personaldokumente 42
Personalrabatte 298
Personengruppen 431
Pfändung 259
Pfändungsberechnung 57
Pflegeunterstützungsgeld 220
Pflegeversicherung 122
Pflegeversicherung bei Kinderlosigkeit 37
Pflegezeit 221
Pflegezeitgesetz 219
Phantomlöhne 318
Praktikanten 354
Privat krankenversicherte Arbeitnehmer
118
private Krankenversicherungen 107
Privathaushalte 337
Programmablaufplan 60

Progressionsvorbehalt 78, 190
 Prüfungsordnung 356

Q

quantitative Prüfung 92

R

Rabattfreibetrag 298, 299
 Recht auf Übertragung
 – betriebliche Altersversorgung 398
 Referenzdatum 43
 Regelkirchensteuersatz 83
 regelmäßiges Arbeitsentgelt 112, 318
 regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt 110
 Reisekosten 264
 Rentenpunkte 151
 Rentenversicherung 138
 Rentenversicherungsbrutto 163
 Rentner 121, 361
 Riesterförderung 394

S

Sachbezüge 259
 Sachbezugsart 268
 Sachbezugswerte 297
 Sammelpunkt 91
 Säumniszuschläge 171
 Schmutzzulagen 240
 Schüler 358
 Selbstzahler 107
 SFN-Zuschläge 237
 Solidaritätszuschlag 76
 Sonderausgaben 63
 Sonderkündigungsschutz 223
 Sonn- oder Feiertag 238
 sonstige Bezüge 246
 Sozialleistungen 227
 Sozialversicherung 97
 Sozialversicherungsausweis 38, 39, 45
 Sozialversicherungsbrutto 162
 Sozialversicherungsentgeltverordnung 296
 Sozialversicherungspflicht 98
 Sozialversicherungstage 187, 189, 202, 252
 Sparsulage 235

Splittingtabelle 50
 Statusfeststellungsverfahren 361
 Sterbebegleitung 221
 Sterbegeld 382
 steuer- und sozialversicherungsrechtliche
 Abzüge 161
 Steuerbrutto 162
 Steuer-Identifikationsnummer 39
 Steuerklassen 53
 Steuerklassenwahl bei Ehegatten 55
 steuerrechtliche Abzüge 49
 Steuertage 188, 211, 424, 425
 Stiefkinder 125
 Studenten 349
 Studium 350
 stundenweise Umrechnung 185
 SV-Luft 249
 SV-Net-Classic 150
 SV-Net-Standard 150

T

Tageslohnsteuertabelle 52, 186
 Tagestabelle 53, 186
 Tätigkeitsschlüssel 38
 Teilgehalt 188
 Teillohnzahlungszeitraum 183
 teilweise Pflegezeit 224
 Teilzeitstudium 351
 Telefonkosten 300
 Träger 97

U

Überbrückungsbeschäftigungen 359
 Übergangsbereich 341
 Übernahme der Zusage 398
 Überschreitung der JAEG 104
 Überstunden 236
 übliche Mahlzeit 94
 Umlagebeiträge 147
 Umlageversicherung 140
 Unfallversicherung 139
 Unterbrechung 189
 Unterbrechungsmeldung 197
 Untereintrag 48, 49
 Unterkunft 268
 Unterschiedsbetrag 77
 Urlaubsabgeltung 202

Urlaubsanspruch 200
Urlaubsbescheinigung 39, 200
Urlaubsentgelt 201
Urlaubsgeld 202
Urlabslohn 201

V

verbesserte Portabilität 397
Vereinfachungsverfahren 83
Vergleichsnetto 228
Vermögensbildung 236
vermögenswirksame Leistungen 235
Verpflegung 268
Verpflegungskosten 94
Verpflegungspauschale 93, 94
Versicherungsfreiheit 316
Versicherungspflicht 98
Versicherungswirtschaft 392
Versicherungszeige 101
Versorgungsbezüge 66, 247, 377, 378
Versorgungsbezugsempfänger 121
Versorgungsfreibetrag 65, 66, 67, 68, 69, 377, 379
Versorgungsleistungen 389
Verteilungsschlüssel 75
Vervielfältigungsregelung 396
volle Pflegezeit 223
Vorarbeitgeberwerte 247, 248
voraussichtliche Beitragsschuld 172
voraussichtlicher Jahresarbeitslohn 246

Vorpraktikum 355
Vorsorgepauschale 63
Vorverdienste 256

W

Wahlfreiheit 376
Wahltarife 107
Warengutscheine 271
Wartezeit 196
weitläufiges Tätigkeitsgebiet 93
Werbungskosten 63
Werbungskostenpauschale 67, 69
Werkstudenten 350
Werkstudentenprivileg 356
Wohnung 268

Z

Zeitjahr 350
Zollkodexanpassungsgesetz 263
zu versteuerndes Einkommen 78
Zuflussprinzip 35, 53, 318, 324
Zusammenrechnung 331
Zusatzbeitrag 99, 123
Zuschläge 236
Zuschuss 117
Zuschuss zum Mutterschaftsgeld 146, 209
Zweige der Sozialversicherung 97
Zwischenpraktikum 355, 356
Zwölfteilerregelung 384